Erste Mittags-Ausgabe.
Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Als Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Donnerstag, 7. Mai	Nr. 590

Der englische Fragebogen überreicht.

Berlin, 7. Mai. Der britische Botschafter Sir Eric Phipps suchte heute vormittag den Reichsminister des Auswärtigen, Freiherrn von Neurath, auf und überbrachte ihm die Rückfragen der englischen Regierung zu den deutschen Friedensvorschlägen.

Schwerin-Krosigk über die deutsche Finanzpolitik.

Frankfurt am Main, 6. Mai. Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk sprach am Mittwoch abend in der Frankfurter Gesellschaft für Handel, Industrie und Wissenschaft vor etwa 200 Mitgliedern und geladenen Gästen, den Vertretern von Partei und Staat über die Reichsfinanzpolitik. Er sprach über die Erfahrungen der letzten Jahre, über die Ziele und die Probleme, die die Reichsfinanzpolitik beschäftigten und noch beschäftigen werden. Vor allem konnte der Reichsfinanzminister auf die erfolgreiche aktive Kreditpolitik, die im Jahre 1933 einsetzte, hinweisen, die inzwischen auch neben der Auftragserteilung durch die öffentliche Hand die Privatinitiative des deutschen Unternehmers ausgelöst hat. In dem ausgezeichneten und sich mit Einzelfragen gründlich befassenden Vortrag führte der Minister aus:

Die verzweifelte wirtschaftliche Lage Deutschlands, in der im Januar 1933 Adolf Hitler die Regierung übernommen habe, sei nicht nur die Folge der letzten voraufgegangenen Krisenjahre gewesen. Wir hätten vielmehr seit dem verhängnisvollen Versailler Diktat in einer dauernden Krise gelebt, die nur zeitweise, wie in den Jahren der erborgten Scheinkonjunktur, künstlich überdeckt worden sei. Die Anfangsgründe der Krise reichten sogar in die Vorkriegszeiten zurück, in denen sich die Strukturwandlungen der Weltwirtschaft vorbereitet hätten. Diese Wandlungen seien durch den Krieg und die Nachkriegsentwicklung voll in Erscheinung getreten.

An dem Beispiel der Reparationen zeigte der Minister den unheilvollen Einfluß, den Gewaltlösungen auf die gesamte Weltwirtschaft ausüben. Wir dürfen nicht glauben, eines Tages wieder zu den weltwirtschaftlichen Verhältnissen der Vorkriegszeit zurückkehren zu können, sondern müßten uns den eingetretenen Wandlungen anpassen. Jedenfalls hätten die letzten Jahre das Eine gelehrt, daß eine gesunde Weltwirtschaft sich erst wieder auf der Grundlage gesunder Volkswirtschaften entwickeln könne.

Der Minister gab dann einen Ueberblick über die Maßnahmen, die in Deutschland seit 1933 zur Gesundung der deutschen Wirtschaft ergriffen worden seien. Er erläuterte die Ziele und Gründe der einzelnen Phasen der seit 1933 eingeleiteten aktiven Konjunkturpolitik. Er legte vor allem die von Jahr zu Jahr fortschreitende Verfeinerung der Mittel im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit dar und betonte die arbeitsmarktpolitische und wirtschaftliche Bedeutung der Wehrhaftmachung Deutschlands. Er begründete die Notwendigkeit der Konzentrierung der wirtschaftlichen und finanziellen Kräfte auf dem Gebiete der Etatspolitik wie der Kapitalmarktpolitik auf die Durchführung der großen nationalen Aufgaben. Nur wenn der Pfennig geehrt würde, könnten große Ziele erreicht werden.

Sodann setzte sich der Minister mit den Spannungen auseinander, die sich in dem verhältnismäßigen Zurückbleiben der Verbrauchswirtschaft und in unserer Devisen- und Rohstofflage gezeigt hätten. Er wies auf die Besserungstendenzen und die Möglichkeiten zur Ueberwindung dieser Spannungen hin.

Er rief zum Schluß zur vertrauensvollen Mitarbeit auf. Für den Unternehmungsgeist der Wirtschaft sei im Nationalsozialistischen Reich mehr denn je nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Pflicht zur Betätigung gegeben.

Standortmeldung des „Hindenburg".

Hamburg, 7. Mai. Wie die Deutsche Seewarte mitteilt, hat das Luftschiff „Hindenburg" um 7 Uhr 53 MEZ den Leuchtturm Bishop Rock vor dem westlichen Kanalausgang mit westlichem Kurs überflogen.

37. Internationale Luftfahrtkonferenz in Wien.

Wien, 7. Mai. Am Mittwoch trat in Wien die 37. Internationale Luftfahrtkonferenz zusammen, zu der 30 Vertreter der Luftfahrtbehörden europäischer Nationen und der „Commission Interationale de Navigation Aérienne" erschienen sind. Die Konferenz wird bis zum 9. Mai dauern. Es sollen wichtige Betriebsfragen und zwischenstaatliche Luftverkehrs- wie Flughafen- und Beleuchtungsfragen, Verkehrs- und Signalvorschriften sowie Fragen des Flugfunk- und Flugwetterdienstes besprochen werden.

Sarraut über den Franken.

Paris, 6. Mai. Ministerpräsident Sarraut hat am Mittwoch mit dem Finanzminister Regnier im Beisein des Gouverneurs der Bank von Frankreich eine Besprechung über die Finanzlage gehabt. Sarraut machte die Feststellung, daß infolge der Maßnahmen der Regierung zur Verteidigung des Franken eine Entspannung an der Börse eingetreten sei.

Am Spätnachmittag empfing Sarraut den Vorsitzenden des Finanzausschusses des Senats, Caillaux.

Der französisch-rumänische Handels- und Finanzvertrag.

Paris, 6. Mai. Der französisch-rumänische Handels- und Finanzvertrag, der am 7. Februar durch den französischen Handelsminister Bonnet und den rumänischen Finanzminister Antonescu unterzeichnet worden war, tritt nunmehr am 1. Juni in Kraft, nachdem ein Verkaufsabkommen über die Petroleumerzeugung des rumänischen Staates am 5. Mai in Bukarest abgeschlossen worden ist.

Handelsminister Bonnet gab nach der Verlesung der Verlautbarung über die Inkraftsetzung der Presse folgende Erklärung ab: „Wir haben eine große Anstrengung gemacht, um einen günstigen Abschluß der Verhandlungen zu ermöglichen. Das erreichte Resultat erlaubt ohne Zweifel, die guten Beziehungen, die Frankreich auf allen Gebieten mit Rumänien unterhält, aufrechtzuerhalten und sogar noch enger zu gestalten."

Léon Blum über die Sanktionsfrage.

London, 7. Mai. Unter der Ueberschrift „Frankreich wird die Sanktionen in Genf unterstützen" veröffentlicht der Daily Herald eine Unterredung seines Sonderberichterstatters mit dem Führer der französischen Sozialisten, Léon Blum.

Blum erklärte, vor allen Dingen müsse ein Abrüstungsabkommen zustandegebracht werden. Man müsse Deutschland auffordern, am Zustandekommen dieses Abkommens mitzuwirken. Wenn Deutschland nicht teilnehmen wolle, dann müsse man ein Abkommen ohne Deutschland abschließen, das aber so abgefaßt sein müsse, als ob Deutschland dabei wäre. London, Moskau und Paris müßten mit den anderen Völkerbundsstaaten zusammenarbeiten und die Verantwortung, die sich daraus ergebe, auf sich nehmen.

Auf die Frage, was nunmehr im italienisch-abessinischen Streitfall geschehen müsse, antwortete Blum, es sei wesentlich, daß alles gerettet werde, was man vom internationalen Recht retten könne. Die kollektive Sicherheit und ihr Organisation hingen wesentlich von der Zusammenarbeit der beiden Demokratien Frankreich und England ab.

Es würde ein Trauerspiel sein, wenn Großbritannien diese große Sache gerade in dem Augenblick aufgeben würde, in dem Frankreich bereit sei, England mit aller Macht zu unterstützen. Großbritannien könne sich nach den letzten Ereignissen voll darauf verlassen, daß Frankreich eine kollektive Aktion des Völkerbundes unterstützen würde.

Dalimier †.

Paris, 7. Mai. Am Mittwoch ist im Alter von 61 Jahren der frühere Minister Dalimier gestorben.

Dalimier gehörte vor dem Kriege zu den Mitarbeitern von Waldeck-Rousseau und Combes und bekleidete während und nach dem Kriege Ministerposten. Er legte infolge des Stavisky-Skandals seinen Ministerposten nieder. Früher gehörte er der Radikalsozialistischen Partei ein.

Chambrun bei Mussolini.

Rom, 6. Mai. Der französische Botschafter Chambrun wurde am Mittwoch nachmittag von Mussolini empfangen.

Paris, 6. Mai. In diplomatischen französischen Kreisen mißt man der von dem Sonderberichterstatter des Paris Soir in Rom sensationell aufgemachten Meldung von einem Schritt des französischen Botschafter Chambrun bei Mussolini keine übertriebene Bedeutung bei. Wie man wissen will, sollte diese Besprechung schon vor mehreren Tagen stattfinden, mußte aber wegen der äußersten Inanspruchnahme Mussolinis bis auf Mittwochabend verlegt werden. Im übrigen soll in dieser Besprechung eine allgemeine Aussprache über die neue Lage in Abessinien gegepflogen worden sein.

Die angeblichen Absichten Italiens in Abessinien.

Paris, 7. Mai. In Pariser politischen Kreisen glaubt man, daß der Besuch des französischen Botschafters in Rom bei Mussolini im wesentlichen informatorische Zwecke verfolgt habe, da die geschäftsführende Regierung Sarraut keinerlei Vorentscheidungen treffen wolle.

Dem **Oeuvre** genügt es, wenn Italien sich lediglich bereit fände, als französische Belange die Eisenbahnstrecke Addis Abeba—Dschibuti und als englische Belange die Nilquellen und den Tana-See zu achten. Italien werde in Abessinien keine großen Streitkräfte, sondern nur Polizeitruppen unterhalten und alle Eingeborenen entwaffnen. Es werde keinen neuen Negus einsetzen. Es werde den einzelnen Stämmen eine gewisse Selbständigkeit lassen und Abessinien als Kolonie einem faschistischen Gouverneur unterstellen.

Internationale Verpflichtungen hinsichtlich Abessiniens werde Italien aber nicht übernehmen, sondern seine Maßnahmen in voller Souveränität, also ohne Rücksicht auf den Völkerbund, treffen. Auf wirtschaftlichem Gebiet werde sich der Duce um die französische und englische Mitarbeit bemühen, aber nicht zugunsten anderer Länder das Regime der offenen Tür anwenden. Mussolini dürfte dem französischen Botschafter vorgeschlagen haben, daß Italien, England und Frankreich alle Fragen, die sich aus dem Dreiervertrag über Abessinien von 1906 ergäben, auf diplomatischem Wege oder auf einer neuen Dreierkonferenz behandeln sollten.

Hohen Orts sei man in Paris der Ansicht, daß die italienische Regierung, vom internationalen Gesichtspunkt gesehen, nichts Schlimmeres habe tun können, und das Ergebnis sei, daß selbst die italienfreundlichsten Kreise in Frankreich Zweifel an der Zweckmäßigkeit der berühmten Rückkehr Italiens nach Europa für die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens äußerten.

Das **Echo de Paris** steht auf dem Standpunkt, England hätte letzten Endes besser daran getan, sich in der abessinisch-italienischen Angelegenheit weise Zurückhaltung aufzuerlegen.

Die englische Unterhausaussprache in Italien wenig beachtet.

Rom, 7. Mai. Die Londoner Unterhausaussprache wird in der hiesigen Presse allgemein als englisches Eingeständnis begangener politischer Fehler ausgelegt.

Der **Messaggero** spricht von einer „mitleiderregenden Zurschaustellung und Beichte der eigenen Unfähigkeit" und hebt hervor, daß Eden vor dem Unterhaus ausdrücklich den Zusammenbruch des Völkerbundes und der Sanktionspolitik zugegeben habe.

Der **Piccolo** bezeichnet Edens Rede als den Versuch, die Regierung von der Verantwortung zu entlasten. Ganz besonders werden die Ausführungen Chamberlains auf eine sofortige Abschaffung der unnötigen und gefährlichen Sanktionen unterstrichen.

Im großen und ganzen beschränkt sich jedoch die hiesige Presse auf eine chronologische Wiedergabe des Sitzungsverlaufes und bringt dabei zum Ausdruck, daß angesichts der vollzogenen Tatsachen in Ostafrika die Meinung fremder Staatsmänner und Parlamente herzlich wenig Interesse in Italien erwecke.

Der **Popolo di Roma,** der sich gewöhnlich durch seinen Londoner Berichterstatter berichten läßt, veröffentlicht bezeichnender Weise über die Unterhausaussprache lediglich einen kurzen amerikanischen Agentur-Bericht.

Keine italienischen Anleihebemühungen.

Rom, 7. Mai. Die in der ausländischen Presse verbreiteten Nachrichten, wonach die Vereinigten Staaten bereit seien, Italien einen Kredit zu Kolonisationszwecken in Abessinien zu gewähren, werden an zuständiger italienischer Stelle entschieden in Abrede gestellt. Ebenso werden die Gerüchte dementiert, daß in London Verhandlungen zur Eröffnung einer Anleihe für Italien eingeleitet werden sollen. Alle in dieser Richtung liegenden Vermutungen werden als reine Erfindung bezeichnet.

Für Anwendung des Vertrages von 1906.

London, 7. Mai. Vernon Bartlett schreibt im News Chronicle, es bestehe aller Grund, anzunehmen, daß zahlreiche britische Kabinettsmitglieder dafür einträten, sich mit Italien die abessinische Beute zu teilen, und zwar auf der Grundlage des zwischen Großbritannien, Frankreich und Italien abgeschlossenen Vertrages von 1906. Mussolini jedoch sehe nicht ein, warum Italien nicht die ganze Beute haben solle. Die Aeußerungen Mussolinis, daß der Vertrag von 1906 als Grundlage für eine Regelung nicht in Betracht komme, da Abessinien heute italienisch sei, habe in Paris größeres Aufsehen erregt als in London. Diese Haltung Mussolinis werde vielleicht mehr als irgendetwas anderes die französische Regierung bestimmen, den Druck auf Italien aufrechtzuerhalten.

Bartlett schreibt, er habe guten Grund zur Annahme, daß Paul-Boncour bereit oder vielleicht sogar bemüht sei, eine Regelung auf der Grundlage der Dreiteilung vorzunehmen, die eine Verneinung des Völkerbundsgedankens bedeuten würde. Es sei vorläufig unmöglich, zu beurteilen, wie stark diese Gedanken in englischen Kreisen geteilt würden. Eden werde wahrscheinlich ohne bestimmte Anweisungen nach Genf gehen, außer der, nicht mehr zu tun, als andere Nationen zu tun bereit seien.

Lloyd George für Verstaatlichung der Rüstungsindustrie.

London, 6. Mai. Der Ausschuß zur Untersuchung des Geschäftsgebarens im privaten Waffenhandel nahm am Mittwoch nach längerer Pause seine Tätigkeit wieder auf. Als Zeuge wurde der frühere englische Ministerpräsident Lloyd George vernommen. Er erklärte, daß die private Herstellung von Waffen nach seiner Ansicht in ein Regierungsmonopol umgewandelt werden müsse. Für das Verbot der privaten Herstellung von Waffen sprächen auch politische Gründe, weil hierdurch die mächtigen Interessen ausgeschaltet würden, von denen Krieg oder Frieden abhängen könne. Die ungeheure Wertsteigerung der Aktien englischer Rüstungsfirmen bei der Einleitung des umfassenden Aufrüstungsprogramms der Regierung sei ein schlagender Beweis für die Größe dieser Gefahr. Hier handele es sich um Tausende und Abertausende von Aktienbesitzern im ganzen Lande oder von Leuten, die mit diesen Aktien Handel trieben. Aufrüstung verdoppele den Wertbesitz jedes Aktionärs.

Es sei ein ungesunder Zustand, wenn eine einflußreiche Gruppe von Männern in den verschiedensten Teilen des Landes ein unmittelbares geldliches Interesse am Kriege oder an der zu einem Kriege führenden Propaganda nehme. Diese Rüstungsunternehmer seien sehr tätige Propagandisten. In der Presse und auf dem Rednerpult sei das deutsche Flottenbauprogramm sowohl hinsichtlich der Schiffszahl als auch des Geschützkalibers übertrieben worden.

Ueber das ganze Land gehe eine große Propagandawelle für ein ungeheures Bauprogramm von riesigen Schlachtschiffen und Schlachtkreuzern. Die dem Kabinett zugegangenen geheimen Nachrichten über den Charakter des deutschen Flottenbauprogramms, die höchst beunruhigend gelautet hätten, hätten sich als völlig unrichtig herausgestellt. Dennoch habe die Admiralität hieraus ihre Schlußfolgerungen gezogen. Gegen diese Art Propaganda gebe es für die Oeffentlichkeit keinen Schutz. Er bezweifle nicht, daß die den Ministern zuteil gewordenen Nachrichten auch den anderen Politikern und der Presse mitgeteilt worden seien. Die Rüstungsinteressenten in Frankreich handelten nach genau dem gleichen Verfahren, obwohl die Methoden dort noch gefährlicher seien.

Wie das Beispiel von 1914 lehre, habe eine verstaatlichte Rüstungsindustrie im Ernstfalle den großen Vorteil, sofort den Erfordernissen der neuen Lage angepaßt zu werden. 1914 habe die private Rüstungsindustrie in England angesichts der Notwendigkeit einer dringlichen Vermehrung der Munitionsbeschaffung völlig versagt.

Der Zeuge belegte hierauf seine These durch Beispiele aus der Zeit des Weltkrieges. Er vertrat den Standpunkt, daß der frühere Zusammenbruch des russischen Reiches zum Teil auf die Unfähigkeit der privaten englischen Rüstungsindustrie, der russischen Armee Waffen und Munition zu liefern, zurückzuführen gewesen sei.

Damit war die Vernehmung Lloyd Georges beendet.

Untersuchungsausschuß im Londoner Zollskandal ernannt.

London, 6. Mai. Der richterliche Ausschuß zur Untersuchung der Spekulationsgeschäfte in Verbindung mit dem vorzeitigen Bekanntwerden der neuen Zoll- und Steuererhöhungen ist heute vom Innenminister in Durchführung der von den beiden Häusern des Parlaments angenommenen Entschließung ernannt worden.

Danach setzt sich der Ausschuß aus den drei beamteten Richtern Porter, Simonds und Oliver zusammen. Die erste Sitzung soll am Montag stattfinden.

Lloyds will Spekulationsversicherungen auszahlen.

London, 7. Mai. Im Zusammenhang mit den durch die Indiskretion des Budgetgeheimnisses vorgenommenen Versicherungen, die einige Londoner Kaufleute gegen eine Erhöhung der Einkommensteuer und des Teezolles bei Lloyds vorgenommen hatten, veröffentlicht die Londoner Versicherungsagentur ein Schreiben, wonach nach Auffassung des Komitees der Gesellschaft diese Versicherungen Ehrenverpflichtungen bedeuteten. Eine Auszahlung der Versicherungen solle mit möglichst wenig Verzögerung vorgenommen werden.

Stojadinowitsch eröffnet die Konferenz der Kleinen Entente.

Belgrad, 6. Mai. Die Konferenz der Außenminister der Kleinen Entente, deren Hauptpunkt der Tagesordnung das Donauproblem ist, wurde am Mittwoch unter dem Vorsitz des jugoslawischen Ministerpräsidenten und Außenministers Dr. Stojadinowitsch eröffnet.

Verantwortlich: Kurt Schwartzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.